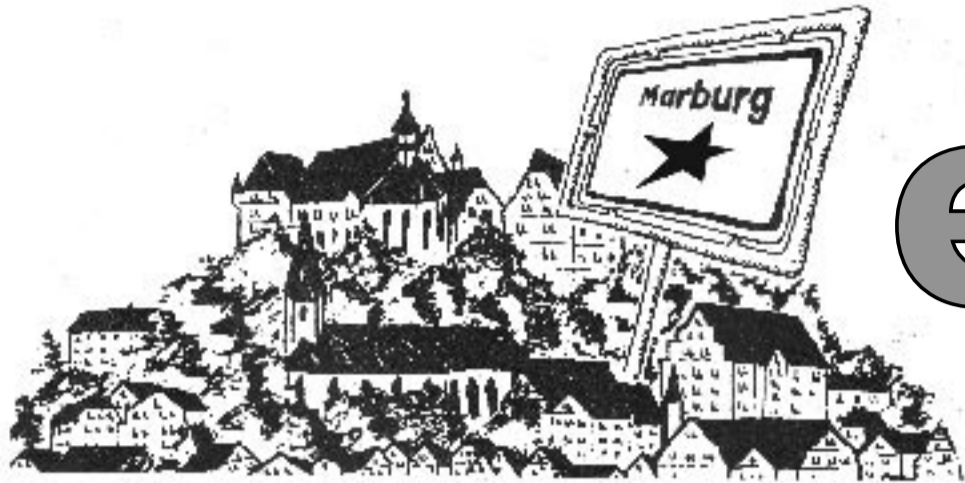


marburger echo



Zeitung der DKP Marburg

November 2009 DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI #14

In Marburg regiert das Kapital

Das ist nichts Besonderes, es ist in allen Städten so. Allerdings zeigt sich die kommunale Kapitalherrschaft von Ort zu Ort verschieden. Wie ist das bei uns?

Nach der Krise sind im verarmten Deutschland noch 99 Milliarden übrig geblieben. Einer von ihnen – 1,8 Mrd. Euro, Platz 67 – lebt in Marburg: Professor Dr. Reinfried Pohl. Er ist der Gründer der Deutschen Vermögensberatungs-Aktiengesellschaft (DVAG). Ihr operatives Geschäft wickelt sie zwar vor allem in Frankfurt/Main ab, ihre Gewerbesteuer (8 bis 10 Millionen Euro jährlich) zahlt sie aber in Marburg. Es ist nicht bekannt, dass Reinfried Pohl aktiv in die Stadtpolitik eingreift. Das muss er gar nicht. Der Magistrat weiß auch so, was er zu tun hat. Vor einiger Zeit wurde Pohl Ehrenbürger.

Die Deutsche Vermögensberatungs-Aktiengesellschaft will zwischen Lahn und Rosenstraße ein Kongress- und Ausbildungszentrum sowie ein Firmenmuseum bauen. Zu diesem Zweck hat sie das Gelände Stück für Stück aufgekauft.

Um die Absichten der DVAG zu verwirklichen, ist ein neuer Bebauungsplan nötig. In diesem Gebiet steht auch das Haus Rosenstraße 9: Es wurde 1876 gebaut und 2006 unter Denkmalschutz gestellt. Im Aufstellungsbe-



schluss für den Bebauungsplan, den die Stadtverordnetenversammlung im Mai 2009 fasste, wurde bestätigt, dass das Haus erhalten bleiben sollte. Was man damals noch nicht wusste: der DVAG gehörte das Gebäude noch nicht. Irgendwann zwischen Mai und August 2009 hat sie es schließlich gekauft. Sie stellte nun einen Antrag auf Abbruch. Dieser wurde genehmigt, und damit war der Denkmalschutz dahin. Reinfried Pohl hat damit zusätzlich einen Rechtstitel erworben: falls die Stadt die Abbruchgenehmigung zurücknimmt, würde sie regresspflichtig.

Dies war der Grund, weshalb sogar der städtische Denkmalbeirat voller Schreck über anderweitige Folgen dem Abbruch am 1. September zustimmte.

Am 30. Oktober musste die Stadtverordnetenversammlung über den Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan abstimmen. Danach wird er öffentlich ausgelegt und später wird noch ein so genannter Satzungsbeschluss gefasst. Im Bebauungsplan ist jetzt der Abbruch von Rosenstraße 9 vorgesehen

Der Magistrat und Rotgrün traten leidenschaftlich für die Zerstörung des Gebäudes ein. In der

CDU gab es ein bisschen Bauchweh. Man kennt dort auch kleine Bauherren, denen die städtische Untere Denkmalschutzbehörde in der Regel weniger durchgehen lässt als einem großen Investor. Ein CDU-Stadtverordneter, Manfred Jannasch, blieb standhaft und stimmte gegen den Abriss. Die anderen erinnerten sich noch rechtzeitig, dass Pohl ein Parteifreund ist. Obwohl er der Bundes-FDP vor einiger Zeit 150.000 Euro gespendet hat, stimmten deren drei Stadtverordnete immerhin für einen Antrag der Marburg Linken, die ein Verbot des Abrisses forderte. Anschließend votierten sie aber für den Bebauungsplan, der diese Zerstörung vorsieht. Liberale sind nach allen Seiten offen. Was lehrt uns das?

„Die schleunige Befolgung jeden Winks / Des Kapitals: das machen die mit links.“ So dichtete einst Peter Hacks. Er kannte Marburg nicht. Da bedarf es noch nicht einmal eines Winks. Der Magistrat ist nicht umgefallen. Er lag von Anfang an schon.

Georg Fülberth

ECHO VON LINKS

Vier Jahre Ein-Euro-Jobs in Marburg. Ein Kommentar von Bernd Hannemann auf...

SEITE 2

VON DER HEIMATFRONT

„Reich“ will im Kampf gegen „Arm“ einen Sieg erringen, wie in die BRD noch nicht gesehen hat. Herwig Selzer stellt Ihnen Ihre neue Regierung vor., auf ...

SEITE 3

IM ELLENBEINTURM

Über Anpassung, die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse und die Rolle der DKP lesen Sie auf...

SEITE 4

Im Übrigen...*

von Christian Mark

...ist dieser Tage viel die Rede vom „Fall der Mauer“ vor zwanzig Jahren. Allerdings ist die DDR-Staatsgrenze weder eingerissen worden noch „gefallen“. Vielmehr wurde sie von der damaligen Staatsführung für alle Reisewilligen geöffnet. Trotz einer Veröffentlichungspanne, die rasches Handeln der Verantwortlichen erzwang, konnten, wie man weiß, gewalttätige Auseinandersetzungen verhindert werden.

Der 9. November ist als Gedenktag in Deutschland sehr beliebt, sofern er an den Wegfall von Reisebeschränkungen zwischen zwei Ländern gleicher Sprache erinnert.

Wer wäre nicht für uneingeschränkte Reisefreiheit? Sie sollte den Rang eines Menschenrechts haben. Und Reisefreiheit sollte für alle Menschen gelten, denn Menschenrechte sind unteilbar.

Eine Milliarde Menschen leidet akut an Unterernährung, vulgo Hunger. Natürlich suchen viele von ihnen ein erträglicheres Leben, zum Beispiel in Europa, wo die Fleischtöpfe noch recht gut gefüllt sind. Zu Duzenden sterben sie bei dem Versuch, in die Europäische Union zu gelangen. Wer versucht, vor Italiens Küste ertrinkende Flüchtlinge aus dem Wasser zu ziehen, muss mit einer Anklage wegen Fluchthilfe rechnen.

Jeder Mauertote war einer zu viel und jeder tote Flüchtling an der EU-Außengrenze ist einer zu viel. Weg mit dem mörderischen Grenzregime der EU!



*Im Übrigen bin ich der Meinung, daß dieser Staat zerstört werden muß.
(Rosa Luxemburg)

DKP

Streik trotz Krise – Und es geht doch!

Erster bundesweiter Streik im Sozial- und Erziehungsdienst bringt Einkommensverbesserungen

Seit dem 1. November 2009 gilt für den Sozial- und Erziehungsdienst eine neue Entgelttabelle. Betroffen davon sind ca. 220.000 KollegInnen, die in Kindertagesstätten, in der Behindertenhilfe, der Jugendhilfe und in Sozialen Diensten beschäftigt sind.

Nach Beendigung der Streikaktionen und dem erzielten Verhandlungsergebnis votierten nur 55% der ver.di-Mitglieder bei der Urabstimmung mit Ja. Das hatte seine Gründe! Der TVöD (Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst), der im Oktober 2005 den BAT (Bundesangestelltentarifvertrag) abgelöst hatte, brachte eine enorme Absenkung der

Löhne. Errechnet wurde, dass der Differenzbetrag für eine Kita-Erzieherin in der Entgeltgruppe 6 zu den vom BAT in den TVöD übergeleiteten KollegInnen in der Entgeltgruppe 8 aufs Berufsleben gerechnet ein Minus von 135.000 Euro beträgt. Für den Erhalt des Flächentarifs war ver.di bereit, diesen hohen Preis zu zahlen.

Mit den Auseinandersetzungen im Sommer dieses Jahres um eine neue Entgeltordnung, die bei Streiktagen bis zu 40.000 Beschäftigte auf die Straßen brachten, sollten diese aberwitzigen Unterschiede beseitigt werden. Herausgekommen ist letzten Endes ein Abschluss, der

im Schnitt das BAT-Niveau nicht ganz erreicht. Verlierer sind vor allem KollegInnen mit Kindern, die im BAT begünstigt waren. Eigentlich ein gutes Ergebnis mag man meinen, wieso dann aber so viele Nein-Stimmen? In einem Tarifinfo der kommunalen Arbeitgeber, das zwei Tage nach Abschluss der Verhandlungen herausgegeben wurde, steht geschrieben: „Die Eltern haben sich zwar während der andauernden Streiks zunehmend gegen die Schließung der Kindertagesstätten gewandt. Ihre Sympathie für die finanzielle Aufwertung des Berufs der ErzieherInnen hat dies jedoch nur selten geschmälert“. Siehe da! Hinzu kam etwas noch

viel Wichtigeres: Der Streikwille war in vielen (Groß-) Städten ungeboren. Es gab die Möglichkeit einer echten und auch in Euros zu bestaunenden Aufwertung der sozialen Berufe. Dies geht aber nicht mit der ver.di-Führung um Frank Bsirske. Diese wollen keinen Clinch mit dem Staat und dessen Vertretern. Sie sind verlässliche Staatsfreunde. Basta. Und Schwuppdiwupp, mitten in den Sommerferien kommt es zur Einigung mit den Arbeitgebern, statt das zu machen, was Bsirske im Juni selbst noch angekündigt hatte, nämlich im September weiter zu streiken.

Herwig Selzer

ECHO VON LINKS



Gastkommentar von Bernd Hannemann (Die Linke. in Marburg)

Ein-Euro-Jobs in Marburg

Arbeitsgelegenheiten (Ein-Euro-Jobs), so wird behauptet, seien im öffentlichen Interesse da sie zusätzliche Arbeit sind.

Alleine die Feststellung es gäbe Arbeit die „zusätzlich“ ist, stellt sich aus meiner Sicht als fragwürdig dar, denn dann wäre sie quasi überflüssig. Allerdings hat der DGB sich die Frage gestellt, ob Ein-Euro-Jobs im öffentlichen Interesse und damit wirklich zusätzliche Arbeit sind. Die Antwort darauf war nicht ganz eindeutig. Dennoch stellte der DGB fest, dass Ein-Euro-Jobber zunehmend dazu beitragen feste Stellen zu ersetzen – ohne große Chancen in den allgemeinen Arbeitsmarkt übernommen zu werden.

Mit diesem Sachverhalt durch einen offenen Brief der Gewerkschaft ver.di konfrontiert, reagierte der Oberbürgermeister der Stadt Marburg in sybillinischer Art. Auf der Jahreshauptversammlung des DGB in Gießen antwortete er auf die Kritik des DGB sinngemäß, dass er als Gewerkschafter selbstverständlich daran interessiert sei, die Hartz IV-Gesetzgebung wieder aufzu-

rollen, aber als Oberbürgermeister sei er gehalten, den Arbeitslosen arbeitsmarktnahe Tätigkeiten anzubieten, damit sie wieder auf den ersten Arbeitsmarkt zurück finden.

Mit dieser Aussage macht es sich das Oberhaupt der Stadt Marburg einfach zu leicht. Ein-Euro-Jobber sind offenbar nach vier Jahren in kommunalen Tätigkeiten nicht mehr wegzu-denken, wie es bereits bei den Zivildienstleistenden im Gesundheits- und Pflegebereich der Fall ist. Deshalb wird nicht mehr wahrgenommen, dass dort einmal feste Stellen existierten, die heute zum Teil auch schon von ehrenamtlich tätigen Menschen verrichtet werden.

In Marburg sind gegenwärtig fast 400 Ein-Euro-Jobber tätig, die von Bau- und Abrissarbeiten, sortieren von Elektronik Schrott, spalten von Holz im Wald mit anschließender Verarbeitung zu Holzhackschnitzeln, Abholung von alten Möbeln deren Aufarbeitung und Verkauf, Papierkörbe leeren und Straßen reinigen, über Tätigkeiten in Vereinen, Archiven, Schulen bis hin zu Russisch-

Übersetzungen alles machen. Die Mitglieder der Fraktion Marburger Linke in der Stadtverordnetenversammlung (StVV) der Stadt Marburg stimmen mit ver.di Mittelhessen überein, dass die rechtswidrige Praxis bei Arbeitsgelegenheiten in Marburg sofort zu beenden ist. Die Stadt ist Gesellschafter bei der Praxis gGmbH. Somit kann auf die Geschäftsführung eingewirkt werden, die rechtswidrige Praxis zu beenden. Georg Fülberth, Fraktionsvorsitzender erklärt: „Leider haben sich die Befürchtungen der Kritiker der Ein-Euro-Jobs bestätigt. Das Gros der Maßnahmen ist gesetzeswidrig, sie verbessern nicht die Situation der Betroffenen. Und häufig haben die Grundsicherungsstellen keine Ahnung, was in den Maßnahmen passiert. Dies sagt der Bundesrechnungshof.“

Die Fraktion will erreichen, dass die Stadt Marburg bei der Arbeitsförderung stärker investiert: „Die beste Arbeitsförderung ist das Schaffen von Arbeitsplätzen mit Tarifbindung und ordentlichem Lohn von mindestens zehn Euro die Stunde“, so Fülberth.

Auch in Marburg gibt es die Tendenz, trotz blendender Kasernenlage im öffentlichen Sektor immer mehr Personal abzubauen. So hatte z.B. Bürgermeister Dr. Franz Kahle (Bündnis 90/Die Grünen) in einer Sitzung der StVV gar nicht erst den Versuch gemacht, den Einsatz von Ein-Euro-Jobbern bei Bauarbeiten an der Astrid-Lindgren-Schule als rechtskonform zu verteidigen. Seine Aussage, „die Arbeiten dort waren nicht zusätzlich, jede andere Firma hätte die Arbeiten auch erledigen können“, belegt, dass offensichtlich auch in Marburg Arbeitsgelegenheiten reguläre Beschäftigung verdrängen.

Noch einmal Georg Fülberth: „Bauarbeiten an Schulen, Lieferung und Verkauf von Schulessen oder das Betreiben einer Kantine sind keine zusätzlichen Aufgaben. Das sind öffentliche Aufgaben, die mit regulärer Beschäftigung zu erledigen sind. Die Verantwortung liegt hier bei der Stadt Marburg. Und aus dieser Verantwortung wird die Fraktion die Stadt nicht entlassen.“

Zurück auf die Straße.

* Patrik Köbele ist Mitglied des Kreisvorstandes der DKP Essen, des Bezirksvorstandes Ruhr-Westfalen und Exratherr der Stadt Essen.

Antikommunismus - meist auch die persönliche Verankerung, Bekanntheit von respektierten, kommunistischen Persönlichkeiten vorausgesetzt. Davon haben wir in der Breite zu wenig. Das belegen auch die unterschiedlichen Ergebnisse in den Wahlkreisen, wir haben alles: Von großen Verlusten bis hin zu Gewinnen um 33 %.

Überzeugte Linkswähler, die uns in der Vergangenheit die Stimme gegeben haben, haben die PdL gewählt. Die PdL profitiert noch von der Euphorie über ihr 'neues linkes Projekt'; ihre Entzauberung als neue Sozialdemokratie hat gerade erst begonnen.

Auch in anderen Städten hat die DKP ihr kommunales Mandat verloren. Dennoch ist die einhellige Auswertung dieser Gruppen, dass sie sich und die außerparlamentarische Bewegung im Wahlkampf gestärkt hätten. Wie geht das zusammen?

Das geht durchaus zusammen, nicht nur im Wahlkampf. Erstens unterscheiden wir uns von anderen Parteien dadurch, dass wir immer auf der Straße sind und wir den Menschen vermitteln, dass SIE sich wehren müssen und WIR mit dabei sind. Ich glaube, das für den ganzen Bezirk Ruhr-Westfalen sagen zu können.

Zweitens haben wir versucht aufzuzeigen, wie die Lage in den Kommunen mit den großen Fragen der Politik zusammenhängt: So etwa die Pleite der Kommunen mit der Krise des Kapitalismus und den Milliardenbesuchen an Banken und Konzerne. Drittens konnten wir dadurch an vielen Orten neue Mitglieder gewinnen und unsere Bündnisbeziehungen verbessern. So in Essen z.B. zu Sportvereinen und Schülerbewegung.

Müssen wir nicht, angesichts der Ergebnisse der DKP bei den Kommunal-, Europa- und Bundestagswahlen, von einem bundesweiten Trend zur PdL reden? Welche Rolle spielt die DKP da noch?

Den bundesweiten Trend haben wir. Unsere Rolle als DKP zu definieren heißt aber zuerst, Klarheit darüber zu bekommen, ob wir uns mit diesem Trend abfinden wollen; oder gar meinen, es sei gar nicht so schlimm, wenn dieser unsere Rolle einengt. Ich sehe das jedoch genau anders herum: Ich habe nichts gegen eine starke PDL. Und doch ändert das nichts daran, dass sie kein Ersatz für eine starke kommunistische Partei ist. Das will sie ja auch gar nicht sein: Im Konkreten und in der Tagespolitik spürt man das auch, sie ist recht parlamentaristisch orientiert und entwickelt eine reformistische Politik. Daraus ergeben sich durchaus viele Möglichkeiten zur Zusammenarbeit. Andererseits belegt es auch unsere Notwendigkeit

als DKP, als eine Kraft, die die heutigen Abwehrkämpfe und die Kämpfe um Reformen mit einer gesellschaftsverändernden Perspektive verbindet. Aus meiner Sicht haben wir genau daran zu arbeiten, und dazu gehört auch das Nutzen von Wahlkämpfen. Ein Nichtantritt, ein Aufruf zu Gunsten anderer ist dafür aber in der Regel kein Nutzen.

Kann die DKP langfristig überhaupt erfolgreich sein, wenn sie ausschließlich Kommunalpolitik betreibt? Wie kann die DKP bundesweit den Widerstand in den Betrieben und in den Kommunen stärken?

Natürlich kann eine kommunistische Partei nicht „ausschließlich“ Kommunalpolitik betreiben. Würden heute aber alle Gliederungen der DKP eine offensive, kommunistische Kommunalpolitik betreiben, wäre das durchaus schon ein Fortschritt. Denn wir wären dann mehr „draußen“ und Kommunalpolitik ist Klassenpolitik, die zweite Seite unserer Arbeiterorientierung. Natürlich geht es aber darum den Widerstand in Betrieb und Kommune, auf allen politischen Ebenen zu verstärken. Aus meiner Sicht geht das nur mit einer konsequenten Politik der Interessenvertretung für die Arbeiterklasse, verbunden mit dem Stellen der Systemfrage.

Und wie geht es weiter in Essen?

Wir sind wieder auf der Straße, wo wir hingehören.

Mitgliederversammlung der DKP

jeden ersten Dienstag im Monat, 20 Uhr,

Ort auf Anfrage.

Kontakt:

info@DKP-Marburg.de

KIRCHTURMPOLITIK

Schwarz-grüner Zoff

Seltsame Dinge geschehen: Eine Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadtverordnetenversammlung kann erst eine halbe Stunde später anfangen, weil die Koalitionspartner SPD und Grüne sich noch beraten müssen. Der SPD-Stadtvorsitzende Meyer und der Fraktionsvorsitzende Becker werden abgewählt. Die Stadträtin Weinbach (SPD) greift den sozialdemokratischen Oberbürgermeister in einer Mail mit harten Worten an und schickt diese über einen Verteiler, der ein Leck hat. In der „Oberhessischen Presse“ kann man das dann nachlesen.

Was ist los?

Angeblich ist man sich in Sachfragen nicht einig.

Der grüne Bürgermeister Kahle will neue Flächen für Windräder ausweisen. In den Stadtteilen, wo dies geschehen soll, gibt es Anwohnerprotest, die SPD vermutet dort Stimmenverluste.

Das 143-Betten-Altenwohnheim der Marburger Altenhilfe auf dem Richtsberg soll durch zwei 80-Bettenhäuser ersetzt werden. Die Grünen wollen stattdessen kleinere Einheiten. Die SPD ist mehrheitlich für die größere Lösung, aber ihr Oberbürgermeister schwankt in dieser Frage, der Grünenpolitiker Matthias Knoche, Mitglied im Aufsichtsrat der Altenhilfe, ebenfalls.

Um den Scherbenhaufen zu kitten, werden jetzt Wischiwaschi-Lösungen gesucht. Grüne und SPD reichen einen Antrag in der Stadtverordnetenversammlung ein, wonach neue Standorte für Windräder irgendwo im Landkreis gesucht werden: St. Florians-Prinzip. Für den Bau eines Altenheims in Cölbe wird eine Bürgerschaft bewilligt, was mit den 80 Betten am Richtsberg oder anderswo wird, bleibt offen.

In siebzehn Monaten ist die nächste Stadtverordnetenwahl. So lange will man Sachentscheidungen wohl vor sich herschieben. Stagnation kündigt sich an. Oder geht es gar nicht um Sachpolitik? Die SPD ist aus einem anderen Grund nervös. Tübingen und Freiburg sind Universitätsstädte mit ähnlicher Struktur wie Marburg. Sie haben schon einen grünen Oberbürgermeister. Kahle greift nach der Macht. Jamaika gibt es schon im Kreis, jetzt könnte das auch in Marburg-Stadt möglich werden.

Georg Fülberth

AUSGEFRAGT



Im Gespräch mit Patrik Köbele*

Im Oktober 2004 bist Du in den Rat der Stadt Essen gewählt worden, nach Jahrzehnten ohne Kommunisten im Rat erlangte die DKP dort einen Sitz. Bei der vergangenen Kommunalwahl Ende August habt Ihr den Einzug in den Rat knapp verfehlt. Woran lag's?

Wir sind uns in Essen einig, dass es weder an unserer Ratsarbeit, noch an unserem Wahlkampf lag. Mit beidem sind wir recht zufrieden, sogar ein bisschen stolz. Im Wesentlichen sehen wir drei Ursachen:

Noch mehr potentielle Wähler der DKP gingen gar nicht zur Wahl, sie sehen in Kommunalwahlen keine Möglichkeit, Dinge zu verändern. Ihre Motivation, mit einer Stimme für die DKP eine klare Opposition zu wählen, ist geringer als ihr Frust. Stimmen für die DKP verlangen eine bewusste Entscheidung, die - im Angesicht des herrschenden



VON DER HEIMATFRONT

Regierungsparteien in Berlin ergreifen Partei – für reich!

„Der Bundesverband der Deutschen Industrie feiert den Koalitionsvertrag – und er weiß, warum. Union und FDP arbeiten seinen Wunschzettel restlos ab.“ Eine Überschrift, wie sie im Internet-Portal der DKP stehen könnte. Geschrieben hat sie ein gewisser Markus Sievers, Journalist bei der Frankfurter Rundschau. Auch ihm entgeht nicht, was bittere Wahrheit ist und blankes Entsetzen bei Sozial- und Umweltverbänden auslöst: „Reich“ will im Kampf gegen „Arm“ einen Sieg erringen, wie ihn die BRD noch nicht erlebt hat!

CDU/CSU und FDP waren gerade vom deutschen Wahlvolk mit einer satten Regierungsmehrheit ausgestattet, da kamen schon die ersten Berichte in den bürgerlichen Medien, Ängste vor einer großen sozialen Kälte seien übertrieben. Als Beispiele wurden vorgebracht die Erhöhung des Schonvermögens für Hartz-IV-Bezieher und die Erhöhung des Kinderfreibetrages sowie des Kindergeldes. Gerade diese genannten Punkte werfen ein bezeichnendes Licht auf das, was geplant ist und umgesetzt werden soll. Das Schonvermögen von 250 Euro pro Lebensjahr auf 750 Euro anzuheben betrifft nur einen geringen Anteil der Hartz-IV-Bezieher. Der Paritätische Wohlfahrtsverband geht von nicht mehr als zwei bis drei Prozent der Leistungsbezieher aus, die davon profitieren. 2009 wurden bislang nur 0,2 % der Hartz-IV-Anträge wegen zu hohen Vermögens abgelehnt.

Der jährliche Kinderfreibetrag steigt 2010 von 6024 Euro auf 7008 Euro, heißt im Klartext: Je höher das Einkommen, desto größer ist die Steuerersparnis. Das Kindergeld steigt um 20 Euro, bedeutet Gutverdiener wie Geringverdiener profitieren gleichermaßen, mit einer Ausnahme: Ausgerechnet die ärmsten Familien haben davon nichts, denn das Kindergeld wird auf Hartz-IV-Sätze und andere Sozialleistungen angerechnet. Schon die Agenda 2010 hat dieses Denken und entsprechende Maßnahmen offensiv in den gesellschaftspolitischen Diskurs eingebracht. Keine Wunder, wenn eine Rechtsregierung dies fortsetzt, weiter brutalisiert und neue Dimensionen der Klassenspaltung anstrebt. Folgerichtig wird im Koalitionsvertrag das Thema Kinderarmut ausgeblendet. Und das, obgleich das Bundesfamilienministerium 2008 festgestellt hat, dass circa 2,3

Millionen Kinder unterhalb der Armutsgrenze leben. Vieles spricht dafür, dass bei einem Grundbedürfnis aller Menschen, gesund zu sein und bei Krankheit entsprechende medizinische Hilfe zu bekommen, die schon eingetretene Spaltung der Gesellschaft nicht nur rücksichtslos und geradezu provokativ vorangetrieben werden soll, sondern der totale Triumph von reich über arm angestrebt wird, gemäß dem Motto: Am längeren und gesünderen Leben sollst du sie erkennen, die besseren und wertvolleren Deutschen! Bekannt ist durch Koalitionsvertrag und Ankündigungen: Der Arbeitgeberanteil wird bei 7,45 % der Brutto-lohnsumme eingefroren. Für die gesetzlichen Krankenkassen soll eine Regierungskommission ab 2011 die Abschaffung des Fonds und einkommensunabhängige Beiträge erarbeiten. Für untere Einkommen sind Staatszuschüsse geplant, ansonsten können

die Beiträge steigen. Dies könnte auf das Unfassbare hinauslaufen: Die Krankenschwester zahlt in naher Zukunft genauso viel wie der leitende Angestellte. Das Solidarprinzip, nach dem sich die Beiträge in der Gesetzlichen Krankenversicherung allein nach der finanziellen Belastbarkeit des Versicherten richten und jedes Mitglied unabhängig von Alter, Geschlecht oder Gesundheitszustand einen prozentual gleichen Beitrag von seinem Bruttoeinkommen zahlt, wäre beseitigt. Die angeführten Beispiele verdeutlichen: Es droht eine Agenda 2020 – ein Sozialabbau weit schärfer als der in der Schröder/Fischer-Ära begonnene. Soziale Bewegungen, Gewerkschaften, linke Parteien müssen sich den zentralen Themen der Umverteilung, sowohl der Arbeit, d. h. Arbeitszeitverkürzung als auch des gesellschaftlichen Reichtums, dem Recht auf Gesund-



heitsversorgung und der Chancengleichheit im Bildungswesen offensiv zuzuwenden. Vor allem gilt es das Tabu zu brechen, dass der politische Streik angeblich nicht erlaubt sei. Beim letzten Gewerkschaftstag der IG Bau- und Agrar-Umwelt hat sich eine Mehrheit gegen den Willen des Bundesvorstands für das Recht auf politischen Streik ausgesprochen. Da soll noch mal einer sagen, man könne sowieso nichts ändern!

Herwig Selzer

HOCH DIE... NIEDER MIT!

Putsch in Honduras

In den frühen Morgenstunden des 28. Juni 2009 stürmte ein Kommando der honduranischen Armee den Wohnsitz des amtierenden Präsident Manuel Zelaya und nahm diesen gefangen.

Zelaya wurde mit einer Militärmaschine nach Costa Rica ausgeflogen. In weiten Teilen der Hauptstadt wurden der Strom abgestellt und die Telefonverbindungen gekappt. Fernseh- und Radiosender wurden von Militäreinheiten besetzt und abgeschaltet. Über die politischen Ereignisse durfte nicht berichtet werden. Signale ausländischer Sender, wie teleSUR und Cubavisión Internacional, wurden unterbunden. Mitarbeiter von teleSUR wurden verhaftet, nachdem diese dennoch versuchten über die politische Lage berichteten. Im Parlament wurde ein gefälschtes Rücktrittsgesuch verlesen, welches angeblich von Zelaya stammte. Das Parlament nahm das Rücktrittsgesuch an und ernannte anschließend den Abgeordneten Roberto Micheletti zum Interimspräsidenten. Dieser verhängte eine mehrtägige Ausgangssperre. Dennoch kam es zu Protesten. Gegen die Demonstranten setzte die Polizei Schlagstöcke, Tränengas und scharfe Munition ein. Ein 38-jähriger Lehrer starb im Krankenhaus an Schussverletzungen. Nach verschiedenen Berichten durchsuchte das Militär Wohnungen und Häuser. Es soll zu Massenverhaftungen gekommen sein. Ferner liegen Berichte vor, wonach unmittelbar nach dem Militärputsch verschiedene Vertreter von Gewerkschaften und Politik ermordet wurden. Vier Jahre zuvor wurde der

Großgrundbesitzer Zelaya von der Partido Liberal zum Präsidenten gewählt. In den folgenden Jahren zeigte Zelaya Sympathien für die Regierungen des Staatenbündnisses ALBA, „Bolivarische Allianz für die Völker unseres Amerika“, welchem der Staat Honduras 2008 beitrug. Die Partido Liberal war über diesen Kurs gespalten in einen Zelaya-unterstützenden linken Flügel und einen konservativen Flügel, angeführt vom Roberto Micheletti. ALBA wurde von Hugo Chávez 2001 als Alternative zu der von den USA geplanten gesamtamerikanischen Freihandelszone ALCA vorgestellt wurde. Ziel der ALBA ist es, durch wirtschaftliche Kooperation unabhängiger von den USA und Europa zu werden. Das erste Abkommen im Rahmen der ALBA wurde 2004 zwischen Venezuela und Kuba abgeschlossen und beinhaltete unter anderem die Lieferung von Erdöl an Kuba, das durch die Entsendung von kubanischen Ärzten nach Venezuela bezahlt wurde. Seither schlossen sich insgesamt neun Staaten Lateinamerikas und der Karibik der ALBA an. Die Putschistenregierung ist

international nicht anerkannt. Sämtliche Staaten der EU und Amerikas, mit Ausnahme der USA, zogen ihre Botschafter aus Honduras ab. Nicaragua, El Salvador und Guatemala schlossen ihre Grenzen zu Honduras. Dennoch schloss sich die „Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit“ der FDP der Darstellung der Putschisten an und erklärte den Staatsstreich zur „Legende“. Monika Knoche, stellvertretende Vorsitzende der Linksfraktion im Bundestag, stellt in der „jungen Welt“ daraufhin fest, dass es darauf ankommt, „alle Versuche zurückzuweisen, die Putschisten zu legitimieren.“ Sie führt aus: „Das wird hauptsächlich von der FDP und ihrer Friedrich-Naumann-Stiftung betrieben. Die hatte erst kürzlich im Bundestag eine Tagung organisiert, bei der ausschließlich Personen auftraten, die den Putsch begrüßten.“ Sie hingegen fordert, dass geklärt werden müsse, „über welche Kanäle sich die Putschisten finanzieren. Diese Quellen müssen stillgelegt werden. Beispielsweise genießt Honduras im Rahmen des »Allgemeinen Präferenzsystems« erhebliche Zollvergünstigungen von Seiten der EU. Die sind jedoch an die Einhaltung der Menschenrechte geknüpft – deswegen müssen diese Vergünstigungen sofort gestrichen werden.“

Markus Wöhr



UZ Woche für Woche antikapitalistisch!

Jetzt 10 Wochen testen!

- Bitte schicken Sie mir die Wochenzeitung „Unsere Zeit“ für 10 Wochen kostenlos. Das Testabo endet automatisch.
- An den Kosten beteilige ich mich freiwillig mit 10,- Euro pro Testabo. (bzw. mit einer Spende in Höhe von.....Euro.)

Name _____

Vorname _____

Telefon _____ Alter _____

Straße _____

PLZ / Ort _____

CommPress Verlag GmbH • Hoffnungstraße 1 • 45127 Essen
Fax: 0201-24 86 484 • www.unsere-zeit.de



Ein Plädoyer für die Unangepassten.

Für die Stärkung der Kommunisten

Die Wahlen sind vorüber, die schwarz-gelbe Koalition ist da. Die Verschärfung des Mietrechts, die höheren Gesundheitsabgaben – das sind Punkte, die auch an Marburg nicht spurlos vorüber gehen werden. Mehr Jugendliche in Marburg werden in den Kontakt mit den Nachwuchsoffizieren der Bundeswehr kommen – für die kommenden Kriegseinsätze, für den Krieg in Afghanistan ist die Bundeswehr auf der Suche nach Akzeptanz und Kanonenfutter. Im Grunde ist diese Politik kein Alleinstellungsmerkmal der Parteien CDU und FDP. Die Hartz-

Gesetze wurden von der rot-grünen Koalition durchgesetzt, die Rente mit 67 von der Regierung CDU/SPD. Ganz zu schweigen von dem Krieg, der unter Schröder und Fischer 1999 gegen Jugoslawien geführt wurde. Die deutschen Exportweltmeister drängten nach billigen Löhnen und weltweiter Sicherung von Absatzmärkten – und die etablierten Parteien reagierten. Dagegen hat sich, nicht nur in Marburg, zu Recht Widerstand entwickelt. Die aus dem Zusammenschluss von WASG und PDS hervorgegangene Partei „Die Linke“ (PdL) konnte dem Protest

zumindest auf parlamentarischer Ebene einen Ausdruck verleihen. Hier beginnt aber auch gleich das Dilemma: Denn einerseits hat die PdL im Bundestag wichtige Grundsatzpositionen vertreten – etwa in ihrer Ablehnung des Afghanistan-Einsatzes oder mit ihrer Forderung nach Abschaffung von Hartz IV. Andererseits ist auf Länderebene der Schmusekurs mit der SPD unübersehbar – bis hin zur Privatisierung öffentlichen Eigentums und des Lohnabbaus bei öffentlichen Beschäftigten, wie es der rot-rote Berliner Senat betreibt. Kurz nach der Bundestagswahl begann selbst die Po-

sition zu Afghanistan zu erodieren: „Uns geht es nicht um einen sofortigen Abzug, das wäre wie eine Flucht damals aus Vietnam“ zwinkerte Bodo Ramelow (MdB) ungeniert der SPD zu. Die Eigentumsverhältnisse, die kapitalistische Konkurrenz in ihrer Krisenhaftigkeit, die Spaltung der Gesellschaft in Kapital und Arbeit wurde von der PdL im Wahlkampf nicht thematisiert. Dabei liegt hierin die eigentliche Ursache für Sozialabbau, die Verschlechterung der Lebensverhältnisse für die Arbeiterklasse, für die kapitalistische Krise. Sie bestimmen nicht nur die

Kommunalpolitik, sondern sind in der Schule und der Universität, am Arbeitsplatz und auf dem Arbeitsamt spürbar. Sie nicht zu thematisieren bedeutet vor allem eines: Anpassung. Ob Kommunisten unter diesen Umständen nicht zukünftig besser eigenständig zu Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen kandidieren sollten, wird noch zu diskutieren sein. Angesichts der weiteren Entwicklung der linken Sozialdemokratie scheint es jedoch um so notwendiger, eine Partei links der PdL zu stärken. Wirkungsvoller als eine weitere innerparteiliche Opposition innerhalb der PdL wäre dies allemal. Bislang haben die Kommunisten – zugunsten gemeinsamer Bündnisse mit anderen Kräften – weitestgehend auf eigenständige Kandidaturen verzichtet. Ob das ein Fehler war, wird sich noch herausstellen. P.G.

GESEHEN

Theater für eine grundlegende Umgestaltung

Viele sozialistisch denkende und fühlende Menschen waren vor 20 Jahren zutiefst irritiert, viele fühlten sich hilflos. Der Zusammenbruch des Sozialismus in Europa raubte ihnen die Orientierung und die Motivation, in einer Welt des Hungers und der Ausbeutung politisch und revolutionär zu agieren. Wie erschüttert muss eine vom Sozialismus geprägte und überzeugte Kubanerin angesichts der Auflösung der DDR gewesen sein, in die sie als junge Frau der Liebe wegen und voller Hoffnung erst wenige Monate zuvor gekommen war? Von dieser jungen Frau, Milagros, handelt das Theaterstück „Der Flug des Papageien“. Sie ist genauso alt wie die kubanische Revolution. Durch diese Revolution konnte sie trotz ihrer Herkunft aus armen Verhältnissen eine gute Schulbildung und die Möglichkeit eines Studiums erlangen. Durch sie wurde auch ihr Sinn für soziale Gerechtigkeit geprägt. Milagros' Erzählung wird gestört, gebrochen, reflektiert durch Briefe, Tagebucheinträge, Originaldokumente von und über Che Guevara, dem argentinisch-kubanischen Revolutionär, dessen Wirken sie in ihrer Jugend begleitete. Dazu kommt der Vortrag einer jungen Rapperin, die den „Rhythmus des Feuers“ in das Theatergeschehen trägt. Sie stört und verstört uns durch die Konfrontation mit dem mörderischen Zustand, in dem sich die Welt befindet. So führt sie uns illusionslos und doch leiden-

schafflich die Notwendigkeit revolutionären Wirkens vor Augen und Ohren. Der Autorin, Regisseurin und Choreographin Graciela González de la Fuente ist mit dem „Flug des Papageien“ ein Stück gelungen, das mit nur zwei Darstellerinnen, wenigen Requisiten und geschickt eingearbeitetem Videomaterial eine sehr hohe Dichte erzeugt. Dieses Theaterstück überlässt uns nicht der Gleichgültigkeit, es drängt vielmehr zur Stellungnahme: Für eine grundlegende Umgestaltung der Herrschaftsverhältnisse. „Der Flug des Papageien“ zeigt in Richtung einer neuen Etappe des Kampfes für Menschlichkeit. Milagros wird nach Lateinamerika zurückkehren, zu den Wirkstätten des Che. Und wir in Europa werden hoffentlich den Mut und die Kraft finden, den Kampf wieder aufzunehmen.

Christian Mark

„Der Flug des Papageien“, seit 31.10.2009 im G-Werk, Marburg

Wir schicken Ihnen das **Marburger Echo** gerne regelmäßig und kostenlos zu, per Post oder E-Mail.
Kontakt: siehe Impressum

Spenden für das Echo
E. Beltz, Kto.-Nr.: 193070,
Sparkasse Gießen
(BLZ: 51350025),
bitte Verwendungszweck
angeben: **Marburger Echo**

Peter Hacks im O-Ton

Vom Alter, den Zeiten und der Liebe

**Bestes Herz, auf meinem Weg zum Grabe
Bin ich wirklich froh, daß ich dich habe.
Unter unsern heimatlichen Dächern
Leiden wir die Herrschaft von Verbrechern,**

**Ja sogar die mittelhohen Stellen
Sind durchaus besetzt mit Kriminellen.
Kurz, mir ward das Vaterland zur Fremde.
Andererseits, gern heb ich dir das Hemde,**

**Wo das angenehme Braun ich ahne
Deiner weiblichen Geschlechtsorgane.
Das ist, wie der Mensch das Leben aushält.
Und bis zu dem Tag, wo sich herausstellt,
Ob ich deinen Sarg begleite oder
Du den meinen, trotzdem wir dem Moder.**

Peter Hacks, Werke Band 1, S. 291, Eulenspiegel Verlag



Gute Leute sind überall gut, auch im Marburger Echo. Peter Hacks (1928 – 2003), Begründer der Sozialistischen Klassik, war einer der meistaufgeführten deutschsprachigen Dramatiker des XX. Jahrhunderts.

SEMINAR

Einführung in die Kritische Psychologie

Dieses Wintersemester wird am Fachbereich Psychologie der Phillips-Universität Marburg zum zweiten mal ein autonomes Seminar angeboten, das einen Einstieg in die Kritische Psychologie geben soll. Ausgerichtet wird dieses Seminar von dem „Lesekreis Kritische Psychologie Marburg“, einer studentische Initiative, die sich darum bemüht, Studierende über den gelehrten Vorlesungsstoff hinaus über kontroverse Forschungsarbeiten im Bereich der Psychologie zu informieren. Hauptsächlich widmet sich die Arbeit des Lesekreises dem Ansatz von Klaus Holzkamp, der sowohl als Kritik als auch Weiterentwicklung naturwissenschaftlicher, handlungstheoretischer und psychoanalytischer Ansätze begriffen werden kann. Die von Holzkamp begründete Kritische Psychologie entstand

im Zuge der 68er Bewegung und begann mit einer Kritik der Funktion der Psychologie als Herrschaftswissenschaft und einer Methodik, die „Verhalten“ nur als Arrangement unter fremdgesetzten Bedingungen erfasst. Aufbauend auf dieser Kritik wurde innerhalb von 3 Jahrzehnten an der FU Berlin ein interdisziplinärer Ansatz einer ganzheitlichen Psychologie entwickelt, die den Menschen als biologisches, individuelles und gesellschaftliches Wesen begreift. Diese neu entwickelte marxistische Subjektwissenschaft hat den Anspruch menschliche Handlungsmöglichkeiten auf den Begriff zu bringen, die in der traditionellen Psychologie nach wie vor theoretisch verkannt und in der kapitalistischen Gesellschaft praktisch behindert werden. Ziel des Seminars ist es, sich im

Verlauf des Semesters gemeinsam einen Einstieg in die Thematik zu erarbeiten. Als Grundlage dient hierfür das neu erschienene Buch von Prof. Dr. Morus Markard „Einführung in die Kritische Psychologie“, das erstmals eine einfache und umfassenden Zusammenfassung zur Theorie und Geschichte der Kritischen Psychologie liefert. Das Seminar richtet sich nicht ausschließlich an Studierende der Psychologie. Außer dem Interesse an kritischer Wissenschaft und der Bereitschaft sich in die Literatur einzuarbeiten gibt es keine Teilnahmevoraussetzungen. Wünschenswert ist jedoch eine aktive Beteiligung an der Gestaltung des Seminars in Form von Referaten über einzelne Buchabschnitte.
Infos & Anmeldung:
www.KP-Marburg.de

IMPRESSUM

www.marburger-echo.de
info@dkp-marburg.de

V.i.S.d.P.: Herwig Selzer, Am Kupfergraben 6, 35037 Marburg

Herausgeber:
Deutsche Kommunistische Partei (DKP) Marburg & Assoziation Marxistischer StudentInnen (AMS) Marburg

Satz: compay
Auflage: 1000 Ex., Eigendruck
Erscheinen: vierteljährlich
nächste Ausgabe: Mai 2010
Redaktionsschluss: 15.04.10

DKP

www.dkp-marburg.de • www.dkp-hessen.de